

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0004/2017/AN

Antragsteller: SPD
Antragsdatum: 24.01.2017

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des
Relocation-Programms**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 04. April 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	16.02.2017	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	14.03.2017	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	22.03.2017	Ö		
Gemeinderat	30.03.2017	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 16.02.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.02.2017:

- 31 Notfallmäßige Aufnahme von 300 Flüchtlingen aus Italien oder Griechenland („Relocation-Flüchtlinge“)**
Antrag 0003/2017/AN
Antragsteller: Bunte Linke, LINKE/PIRATEN, B'90/Grünen
Antragsdatum: 18.01.2017
- 32 Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des Relocation-Programms**
Antrag 0004/2017/AN
Antragsteller: SPD
Antragsdatum: 24.01.2017

Als Tischvorlagen werden verteilt: ein Antrag der Bunte Linke (Anlage 1 zur Drucksache 0003/2017/AN) und ein Antrag der AfD (Anlage 2 zur Drucksache 0003/2017/AN und Anlage 1 zur Drucksache 0004/2017/AN).

Antrag der Bunte Linke

Wir beantragen die Beratung und Abstimmung über die Aufnahme von Relocation-Flüchtlingen als Winternothilfe innerhalb der Sitzung des Gemeinderates am 16.02.2017.

Sollte dies nicht möglich sein, stellen wir den Antrag auf eine Sondersitzung des Sozialausschusses und des Gemeinderates in der 8. Kalenderwoche.

Antrag der AfD:

Ablehnung der Anträge: 0003/2017/AN der Bunte Linke, Linke/Piraten, B'90/Grünen vom 18.01.2017 und 0004/2017/AN der SPD vom 24.01.2017

Hiermit beantrage ich für die oben genannten Anträge

1. „Nichtbefassung“
2. „namentliche Abstimmung“

Hilfsweise beantrage ich,

3. inhaltlich gleich- oder ähnlich lautende Anträge anderer Gruppierungen und Einzelpersonen des Heidelberger Gemeinderates abzulehnen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ergänzt, dass es sich hierbei um ein Bundesprojekt handle und kein kommunales Projekt. Die Stadt Osnabrück sei die einzige Stadt, die bisher eine Aussage getroffen habe, für 50 geflüchtete Menschen. Heidelberg habe bereits über 300 geflüchtete Menschen aufgenommen.

Stadträtin Stolz begründet ihren Antrag 0003/2017/AN. Bei Antragstellung des Tagesordnungspunktes ging es um eine Winternothilfe – jetzt sei es eher eine „Sommer-Nothilfe“. Der Entscheidungsweg sei für ihre Gruppierung zu lange. Alle für die Entscheidung wichtigen Fakten seien bekannt.

Bürgermeister Erichson entgegnet, dass Heidelberg im Rahmen des Relocation-Programms lediglich die Bereitschaft erklären könne, geflüchtete Menschen aufzunehmen, so wie Osnabrück dies getan habe. Dies bedeute aber nicht, dass die Bundesregierung sofort Flüchtlinge zuweisen würde. Zudem habe die Landesregierung Heidelberg darüber informiert, dass bei freiwilliger Aufnahme von geflüchteten Menschen, nicht nur Flüchtlinge aus dem Relocation-Programm (insbesondere Syrien, Afghanistan, Irak) zugewiesen, sondern alle Personengruppen berücksichtigt werden.

Er weist nochmals darauf hin, dass es sich um ein Bundesprogramm handle. Es gebe keine Zuständigkeit des Gemeinderates. Einzig die grundsätzliche Bereitschaft könne gegenüber der Bundesregierung erklärt werden, so wie es Osnabrück getan habe und wie der Top-Antrag der SPD-Fraktion aufgebaut sei. Eine Sondersitzung sei deshalb nicht notwendig, da keine Flüchtlinge direkt aus Griechenland und Italien sofort kommen können.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Mirow, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadtrat Butt, Stadtrat Föhr, Stadtrat Diefenbacher, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Dr. Schenk, Stadtrat Breer

Folgende Aspekte werden in der Diskussion vorgebracht:

- Nichts spreche dagegen, ein Signal zu senden. Warum solle kein Signal gesendet werden, wenn freie Kapazitäten in den Einrichtungen vorhanden seien?
- Zudem sei es die Pflicht Heidelbergs, dieses zu tun.
- Für ein solches Signal werde keine Sondersitzung benötigt.
- Es sei klar, dass Heidelberg im Rahmen des Relocation-Programms mit einer regulären Aufnahme von circa 50 Menschen (gemäß Königsteiner Schlüssel) zu rechnen habe. Es werde kein Geflüchteter mehr von Griechenland oder Italien nach Heidelberg kommen, wenn ein Signal gesendet werde.
- Es sei keine Rechtsgrundlage bekannt, aufgrund derer das Ziel, das hier offensichtlich gewünscht sei, juristisch ordnungsgemäß und einwandfrei erreicht werden könnte. Vorbehaltlich aller weiteren Beratungen könne keine Entscheidung getroffen werden, bevor die Fragen nicht geklärt seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner macht deutlich, dass sich Heidelberg für das Relocation-Programm ausgesprochen habe. Die anderen, damit verbundenen Themen müssen in einer Diskussionsrunde im Fachausschuss besprochen werden. Deshalb verweise er die Anträge in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit am 14.03.2017 – das sei der schnellst- und nächstmögliche Termin für die erforderliche qualifizierte Vorberatung.

Stadträtin Stolz zieht ihren Antrag (Anlage 1 zur Drucksache) zurück.

Der Antrag von Stadtrat Niebel, AfD, (Anlage 2 zur Drucksache) wird von diesem nicht zur Abstimmung gestellt.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: verwiesen in die Ausschüsse

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 14.03.2017

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.03.2017

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2017

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0004/2017/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Marktplatz 10 / Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Michael Rochlitz, stellv. Vorsitzender
Irmtraud Spinnler, stellv. Vorsitzende
Karl Emer
Mirko Geiger
Andreas Grasser
Dr. Monika Meißner
Mathias Michalski

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
☎ 06221/5847151
☎ 06221/584647150
✉ geschaeftsstelle@spd-
fraktion.heidelberg.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

24.01.2017

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Aufnahme von Geflüchteten im Rahmen des Relocation-Programms

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache
3. Gegebenenfalls Anträge

Begründung:

Die Stadt Heidelberg könnte im Rahmen des "Relocation"-Programms Geflüchtete aus griechischen oder italienischen Lagern in Heidelberg aufnehmen.

Relocation bezeichnet die Umsiedlung von schutzbedürftigen Personen von einem Staat der Europäischen Union in einen anderen Staat der Europäischen Union. Die Grundlage für Relocation-Programme sind gemeinsame Entscheidungen der Europäischen Union. Relocation ist ein solidarisches Programm, da es auf die Entlastung einzelner Mitgliedsstaaten, insbesondere derer, die an den europäischen Außengrenzen gelegen sind, abzielt.

Von den 160.000 Geflüchteten, die seit Herbst 2015 aus Griechenland und Italien im Rahmen des Relocation-Programms (resettlement.de/relocation/) auf andere EU-Staaten verteilt werden sollten, sind bis Oktober 2016 nur knapp vier Prozent umverteilt worden. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, 27.400 Geflüchtete aufzunehmen – bis dato sind davon 220 Menschen nach Deutschland geholt worden.

Während in den Flüchtlingslagern in Griechenland und Italien Zehntausende Männer, Frauen und Kinder unter menschenunwürdigen Zuständen auf ein besseres Leben hoffen, verfügt Heidelberg über freie Kapazitäten in den städtischen Unterkünften. Wir sind der Meinung, dass wir diese unter den genannten Bedingungen nutzen sollten.

Die Größe der dafür in Heidelberg bereitstehenden Kapazität könnte sich aus den freien Plätzen in den Unterkünften Henkel-Teroson-Straße, Hardtstraße Kirchheimer Weg (Patton Barracks) und Alte Eppelheimer Straße (ehemaliges Hotel Metropol) berechnen.

In diese Berechnung würde einfließen, dass sowohl den bereits in diesen Unterkünften lebenden als auch den dazukommenden Menschen pro Person jeweils 7 Quadratmeter Wohnfläche zustehen.

Dabei soll sich die Stadt Heidelberg an den Vorbildern, wie der Stadt Osnabrück orientieren, das heißt, dass diese freiwillige Aufnahme von Geflüchteten auf das Pflichtkontingent der Stadt Heidelberg angerechnet wird.

gezeichnet SPD-Fraktion

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Sachantrag von Herrn Stadtrat Niebel vom 15.02.2017 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 16.02.2017)